

-Es gilt nur das gesprochene Wort-

HH-Rede ELR Dr. Fritz Baur

Landschaftsversammlung am 06.03.2008
TOP 9: Eröffnungsbilanz des LWL zum 01.01.2008

Gemäß § 1 Abs. 1 des NKF-Einführungsgesetzes in Verbindung mit § 92 GO hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe zu Beginn des Haushaltsjahres, in dem die Erfassung der Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung erstmalig flächendeckend erfolgt, eine Eröffnungsbilanz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung aufzustellen.

Der ersten Bilanz des Landschaftsverbandes mit Stichtag zum 01.01.2008 kommt eine Sonderstellung zu, weil bei laufendem Geschäftsbetrieb in kurzer Zeit sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden zu erfassen und zu bewerten waren. Dabei handelt es sich um einige hunderttausend Einzelpositionen. Die Wertermittlung erfolgte gem. den gesetzlichen Grundlagen zu vorsichtig geschätzten Zeitwerten, wie es in § 53 GemHVO vorgeschrieben ist. Alle folgenden Bilanzen leiten sich aus dieser Eröffnungsbilanz ab – auch daraus folgt deren besondere Bedeutsamkeit für den LWL.

Das Ihnen nun vorliegende Zahlenwerk ist zunächst noch ein vorläufiger Entwurf. Der den kommenden Beratungen zugrunde zu legende Entwurf wird Ihnen und dem Rechnungsprüfungsamt zeitgleich zum 31.03.2008 übersandt – wie dies § 92 GO in Verbindung mit der GemHVO vorsieht.

Unmittelbar darauf beginnt das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung dieses Entwurfes. Im September wird dann die Gemeindeprüfungsanstalt die überörtliche Prüfung des Entwurfs vornehmen, und zwar vom 15.09. bis zum 26.09.2008, also über 14 Tage.

Anfang November wird der Rechnungsprüfungsausschuss die Berichte des Rechnungsprüfungsamtes und der Gemeindeprüfungsanstalt beraten und entsprechende Beschlüsse fassen.

Nach der darauf folgenden Beratung im Landschaftsausschuss (07.11.2008) wird sodann am 13.11.2008 die Eröffnungsbilanz durch die Landschaftsversammlung festgestellt – damit findet das Verfahren seinen Abschluss.

Es lag mir daran, Ihnen den Beratungsgang einmal gestrafft vorzutragen, weil das Verfahren für uns alle gänzlich neu ist und Sie dem entnehmen konnten, dass die Bilanz einer mehrfachen und sorgfältigen Prüfung – auch durch Dritte – unterzogen wird, bevor sie Ihnen zur endgültigen Feststellung im Herbst vorgelegt wird.

Ich bin mir sicher, dass wir damit eine gute und solide Grundlage für künftige finanzpolitische Entscheidungen haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressematerial

- Es gilt nur das gesprochene Wort –

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion LWL Roland Trottenburg in der LV Westfalen-Lippe am 6. März 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

der LWL blickt auf ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr zurück.

Der wichtigste Erfolg: Dank vieler Anstrengungen und Initiativen konnte die durch die Landesregierung vorgesehene Auflösung des LWL aktuell verhindert, zumindest in die nächste Wahlperiode verschoben werden. Der Einsatz für den LWL innerhalb und außerhalb des Verbandes hat sich gelohnt. Ob die Verwaltungsstrukturreform für die Mittelinstanz nun vertagt oder ganz fallen gelassen wird, aktuell mehren sich die Anzeichen für die letztgenannte Version, wird frühestens im Jahre 2012 entschieden. Bis dahin fließt noch viel Rhein- und Weserwasser in die Nordsee.

Die finanzielle Lage hat sich für unseren Verband verbessert. Nach guter verwaltungsseitiger Vorbereitung wurde das NKF geräuschlos und ohne spürbare Probleme eingeführt. Eine Leistung, die nicht selbstverständlich ist und Anerkennung verdient!

Der uns vorliegende Haushaltsplan 2008 ist solide, belastbar und verzichtet auf spektakuläre oder ideologisch motivierte Ansätze. Mit diesem Finanzfahrplan können wir nachhaltig und in gewohnter Qualität die fachlichen Aufgaben unseres Verbandes erfüllen.

WestLB

Leider kommt man bei einer insgesamt positiven Haushaltsentwicklung nicht an einer Stellungnahme zur WestLB vorbei. Eine aktuelle Finanzbelastung für unseren Verband hinsichtlich der Umlage konnte vermieden werden. Dennoch ist es keinem von uns leicht gefallen, dem Kompromiss zur Stützung der Bank zuzustimmen, da dieser den LWL bis zu 120 Mio. Euro kosten kann! Geld, das uns bitter fehlt.

Tel.: 0251 591-235
Fax: 0251 591-4770
E-Mail: presse@lwl.org
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster

...

Die weltweite Bankenkrise hat auch die WestLB und damit den LWL hart getroffen. Übrigens auch die Privaten! Gutes kommunales Geld haben wir für risikoreiches, oft verantwortungsloses Missmanagement opfern müssen.

Allein die schlechtere Alternative, nämlich die WestLB illiquide werden zu lassen und dann die Belastungen aus der nachlaufenden Gewährträgerhaftung schultern zu müssen, hat unsere Zustimmung erzwungen. Dabei haben wir auch die klare Erwartung, dass die Landesregierung honoriert, dass sich der LWL zu seiner Verantwortung für ganz NRW bekennt.

Für die CDU-Fraktion möchte ich hier ergänzend hervorheben:

- Wir erwarten möglichst schnell die Darlegung, dass in der Bank nicht weitere Risiken enthalten sind.
- Der LWL wird sich nicht an weiteren Stützungsmaßnahmen beteiligen. Unsere wirtschaftlichen Beteiligungen sind historisch in 175 Jahren gewachsen, machen auch die Stärke unseres Verbandes in der Zukunft aus und dürfen nicht in aktuelle Finanzlöcher der Vergangenheit gestopft werden.
- Die WestLB hat für sich alleine kein ausreichendes Geschäftsmodell.

Die Länder mit Landesbanken sind in der Pflicht, eine einheitliche Deutsche Landesbank mit Geschäftsstellen in den Landeshauptstädten zu errichten. Für die Arbeitsplätze in Münster und Westfalen muss dabei eine Kompensation erfolgen.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich auch bei allen anderen Fraktionen. Das geschlossene Votum für die gemeinsame Erklärung und die einmütige Beschlussfassung über alle Parteigrenzen hinweg waren und sind nicht selbstverständlich.

Die gemeinsame Verantwortung gerade für Fragen, die über den eigentlichen Anlass hinaus eine hohe Bedeutung für die Außenwirksamkeit und die Stabilität unseres Kommunalverbandes nach innen und außen haben, werden das LWL-Gewicht auf der politischen Waagschale nicht nur in Düsseldorf erhöhen. Zu dieser klaren und geschlossenen Haltung des LWL hat die stets zeitnahe und transparente Information der Fraktionen durch den LWL-Direktor maßgeblich beigetragen.

Für die engagierte Vertretung unserer westfälischen Verbandsinteressen sage ich ein herzliches Dankeschön, zumal weitergehende Ansprüche des Landes erfolgreich abgewehrt werden konnten. Den Kämmerer schließe ich ausdrücklich mit ein. Und ich füge hinzu: Der LWL steht zu seinen Beteiligungen.

Die Sozialausgaben bestimmen den LWL Haushalt

Unser LWL-Haushalt wird eindeutig dominiert von den Sozialhilfeausgaben für die behinderten Menschen. Von der Entwicklung der Eingliederungshilfe wird die Umlagegestaltung entscheidend beeinflusst. Es kommt also darauf an, Sparpotentiale bei Beibehaltung der fachlichen Qualität zu nutzen, um die Landschaftsumlage stabil zu halten.

Dieser Weg muss 2008 konsequent weiter verfolgt werden. Erfreulich ist, dass es der Fachverwaltung nach Abschluss der Rahmen-Zielvereinbarung im Bereich des Wohnens vor wenigen Monaten gelungen ist, mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege auch für den Bereich der Werkstätten eine Vereinbarung zu schließen. Mit ihr soll die fachliche Weiterentwicklung im Werkstattbereich gesichert und ein Beitrag zur Kostendämpfung geleistet werden.

Erfreut kann ich feststellen, dass der mit dieser Zielvereinbarung vom LWL eingeleitete Veränderungsprozess vom Land unterstützt wird. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, hat erklärt, 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Integrationsprojekten zu schaffen.

Im Landeshaushalt 2008 sind dafür 3 Mio. Euro und als Verpflichtungsermächtigungen weitere 7 Mio. Euro bereit gestellt worden. Diese Mittel sollen zur Finanzierung der notwendigen Bau- und Ausstattungsmaßnahmen sowie sonstiger Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Integrationsunternehmen eingesetzt werden.

Die Umsetzung soll durch die Integrationsämter der Landschaftsverbände erfolgen. Ich stelle fest: Angesichts der dort vorhandenen Fachkompetenz ist dies die richtige Entscheidung. Weitere wichtige Partner werden dabei einbezogen, so die Träger der Arbeitsvermittlung.

Im LWL-Sozialdezernat arbeiten seit dem 01.01.2008 rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 5 westfälischen Versorgungsämtern, die zum LWL gewechselt sind. Die Übernahme des Personals mit den neuen Aufgaben zum 01.01.2008 verlief auch dank der guten Vorbereitung von Seiten des LWL weitestgehend planmäßig.

Leider entsprechen die vom Land dafür zur Verfügung gestellten Mittel nachweislich nicht den Erfordernissen für diese Aufgabenerfüllung, die der LWL dafür im Rahmen des Konnexität-Prinzips in Form von Pauschalen erhält. Weil diese Pauschalen des Landes absolut nicht kostendeckend sind, wird deshalb in diesem Zusammenhang in enger Abstimmung mit dem LVR und den Kommunalen Spitzenverbänden die Einreichung einer Kommunalverfassungsbeschwerde geprüft.

In welcher Struktur die neu übernommene Aufgabe dauerhaft beim LWL wahrgenommen werden soll, muss dann die in Kürze anstehende Organisationsuntersuchung zeigen. Nach meinen Informationen fühlen sich unsere neuen 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut beim LWL aufgenommen.

Wie begrüßen, dass der LWL-Direktor Transparenz und Einsparungen im Stellenplan durchsetzt und damit eine verantwortliche Personalpolitik betreibt.

Die hohe Zahl der überplanmäßig veranschlagten Stellen insbesondere in der Sozialabteilung und im Kulturbereich muss eingebunden und die erforderlichen Stellen dementsprechend im Stellenplan dargestellt werden. Die in den letzten Jahren praktizierten pauschalen Sparvorgaben hatten zahlreiche nicht besetzte, aber dennoch im Stellenplan geführte Stellen zur Folge. Auch hier sind eine Bereinigung und die notwendigen Veranschlagungen durchzuführen, um Stellenklarheit und Wahrheit zu bekommen.

LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen

Der LWL ist mit 76 Einrichtungen in ganz Westfalen-Lippe ortsnah vertreten und bietet den Bürgern und Bürgerinnen aus allen Mitgliedskörperschaften ein umfangreiches Angebot auf hohem fachlichen Niveau aus einer Hand.

Im LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen sind die Einrichtungen erfolgreich vernetzt, so dass sie sich auch am Markt erfolgreich positionieren. Die LWL-Einrichtungen sind mit ihren verschiedenen Versorgungsleistungen in den unterschiedlichen Regionen von Westfalen-Lippe gut nachgefragt.

Der LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen hat auch in 2008 wieder besondere Herausforderungen zu meistern. Im Rahmen der Ausführung der vorliegenden Wirtschaftspläne müssen trotz der Lücke zwischen der Erlösentwicklung und den Kostensteigerungen aus den Tarifverträgen und der Energiepreisentwicklung ausgeglichene Betriebsergebnisse erzielt und die Qualitätsstandards gehalten werden.

Dabei ist die hohe Managementkompetenz der Leitungskräfte gefordert, zumal die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, wie bisher auch, für das Wirtschaftsjahr 2008 keine finanzielle Unterstützung aus dem LWL-Haushalt für ihr laufendes Geschäft erhalten. Und nach unserem politischen Willen soll das so bleiben. Der Bundesgesetzgeber und die Krankenkassen sind aufgefordert, die Schraube der sogenannten Kostendämpfungsmaßnahmen nicht völlig zu überdrehen, damit in Deutschland bewährte Strukturen in der Krankenhausversorgung nicht stärker gefährdet werden. Schwarze Zahlen?

Der LWL investiert für die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen

Unser LWL-Landesjugendamt steht in diesem Jahr vor besonderen Herausforderungen. Die Umsetzung des KiBiz zum 01.08.2008 bringt viele zusätzliche Aufgaben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sich.

Der zusätzliche Beratungs- und Fortbildungsbedarf bei den Jugendämtern und freien Trägern ist erheblich, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können:

- Umstellung der Betriebskostenförderung,
- Erteilung von rund 5.000 Betriebserlaubnissen in Westfalen-Lippe,
- Umsetzung der U 3 Betreuung,
- eine sachgerechte Verteilung der Bundes- und Landesmittel,
- Sprachförderung,
- und nicht zuletzt die Förderung der neuen Familienzentren.

Aber nicht nur diese Aufgaben sind von dem Landesjugendamt kompetent zu erledigen. Es fließen erhebliche Mittel unseres Kommunalverbandes in das System der Kindertagesbetreuung. So stellt das Landesjugendamt fast 95 Mio. Euro für die Betreuung von über 7.000 behinderten Kindern zur Verfügung. Das sind heruntergebrochen mehr als 13.000 Euro pro betroffenem Kind.

Der LWL – dies zeigt auch der Blick in den diesjährigen Haushalt – wird auch als Träger von 39 Förderschulen den dort erforderlichen Aufgaben voll und ganz gerecht. Es war und ist nicht zu erwarten, dass die erforderlichen Sparvorgaben und organisatorischen Maßnahmen hinsichtlich des therapeutischen Personals mit Beifall bedacht werden. Allerdings sieht die CDU-Fraktion, dass den Einsparmöglichkeiten Grenzen dort gesetzt sind, wo es gilt, die Therapiequalität zu erhalten.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass im LWL-Haushalt 2008 für Schulneubauten und Erweiterungen einschließlich der Turnhallen und für wichtiges Inventar rund 8 Mio. Euro eingeplant worden sind. Beträge in dieser Größenordnung sollen auch für die kommenden Jahre veranschlagt werden. Zusätzliche Millionenbeträge sind für den Neubau der Schule in Oelde sowie den geplanten Ausbau der Offenen Ganztagschule fest eingeplant.

LWL- Kulturarbeit bleibt Aushängeschild und Klammer Westfalens

Wir haben einen Wechsel in der Leitung der Kulturabteilung des LWL: Seit dem 1. März ist Frau Dr. Rüschoff-Thale als Landesrätin für Kultur beim LWL tätig, der ich auch von dieser Stelle aus viel Erfolg in dem wichtigen wie schönen Amt als Kulturdezernentin des LWL wünsche.

Ebenso liegt mir daran, die Arbeit des bisherigen Kulturdezernenten, also von Herrn Prof. Dr. Teppe, zu würdigen. Vor zwei Wochen ist Herr Prof. Teppe in einer eindrucksvollen Feierstunde als Landesrat verabschiedet worden. Und ich stimme dem dort übereinstimmend formuliertem Urteil zu, dass die kulturpolitische

Bilanz des Kulturdezernenten Prof. Teppe beeindruckend ist. Dazu gehören große Bauprojekte, herausragende Sonderausstellungen sowie eine starke Vernetzung der LWL-Kulturaktivitäten mit der organisierten und freien Kulturszene in Westfalen-Lippe und darüber hinaus.

Die CDU-Fraktion weiß um die Bedeutung der Kultur für den LWL und hat deshalb die kulturpolitischen Initiativen der Verwaltung stets nachhaltig unterstützt. Mit diesem Vertrauensvorschuss können auch Sie, Frau Dr. Rüschoff-Thale, rechnen.

Die CDU-Fraktion wird darauf achten, dass die auf den Weg gebrachten Baubeschlüsse zügig und kostenbewusst umgesetzt werden.

Wir haben in der Kultur zwei besonders ehrgeizige Projekte begonnen: unser „Museum für Kunst und Kulturgeschichte“ und das „Kloster Dalheim“, einmalig in Deutschland.

Wir freuen uns schon heute auf die großen Sonderausstellungen, die nach dem Besucherrekordjahr 2007 sicherlich wieder auf großes Interesse stoßen werden. Ich denke da zum Beispiel an die diesjährige Sonderausstellung „Künstlerreisen“ in unserem Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte hier in Münster sowie an die große Ausstellung im nächsten Jahr in unserem Römermuseum in Haltern anlässlich 2000 Jahre Varusschlacht.

Der LWL engagiert sich ja nicht nur mit seinem Römermuseum. Ich bin sicher, dass der unter kräftiger Mitwirkung unseres Verbandes vorbereitete Gesamtrahmen für die zahlreichen Aktivitäten des Gesamtprojektes „Imperium Konflikt Mythos. 2 000 Jahre Varusschlacht“ im gesamteuropäischen Raum zur Kenntnis genommen und Interesse finden wird.

Meine Damen und Herren,

in unserer heutigen Medienwelt zählt offensichtlich nur das Spektakuläre und die besonders krasse Negativschlagzeile. So gesehen gibt der Haushalt 2008 des LWL nicht viel her, denn der ist westfälisch solide, verspricht die erfolgreiche Fortführung der Arbeit und ist verlässlich wie die Politik unseres LWL insgesamt.

Ich stelle abschließend fest:

Der LWL arbeitet mit Erfolg und Herz für die Menschen in Westfalen-Lippe“, vor allem für die behinderten Menschen in unserem Land.

Unsere über 12.000 Beschäftigten wissen, dass der LWL ihnen sichere Arbeitsplätze bietet.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf gerne zu. Für die erfolgreiche Fortführung der Arbeit ist mit dem Haushalt 2008 eine solide und verlässliche Basis vorhanden.

Haushaltsrede des **SPD-Fraktionsvorsitzenden Dieter Gebhard** in der
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 6. März 2008 in Münster

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren !

Es gilt das gesprochene Wort.

Die SPD-Fraktion ist mit folgenden Grundsätzen in die diesjährigen Etatberatungen
gegangen:

1. Die SPD-Fraktion will den Haushalt des LWL in gewohnter Weise mit äußerster Sparsamkeit fahren. Das sind wir unseren Mitgliedskörperschaften schuldig, die uns in diese Landschaftsversammlung schicken, damit wir genau das tun. Für eine Vielzahl wünschenswerter Anträge sehen wir trotz wirtschaftlicher Besserung, die wir in allen öffentlichen Kassen spüren, noch nicht den finanziellen Spielraum. Stattdessen möchten wir vielen unserer Kommunen helfen, ihre aufgestauten Defizite abzubauen und nicht zusätzliche Belastungen schaffen.
2. Die SPD-Fraktion hat sich mit der CDU-Fraktion darauf verständigt, die Umlage um einen vollen Prozentpunkt auf dann 14,6 Prozentpunkte zu senken. Wir werden trotz dieser drastischen Umlagesenkung, die weit über den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag hinausgeht, den Bedürfnissen der Menschen in Westfalen-Lippe gerecht , weil die umlagererelevanten Bemessungsgrundlagen es zulassen – das gilt ohne Abstriche - trotz der in vielen Bereichen stetig steigenden Zahlen derjenigen, die der Hilfe des LWL bedürfen.
3. Der LWL wird weiterhin mit den Beiträgen seiner Mitgliederkörperschaften sehr verantwortungsbewusst umgehen. Das war in der Vergangenheit so, ist vielfach belegt und allgemein anerkannt – und das wird so bleiben.

Es gibt natürlich eine Vielzahl von Politikfeldern in unserem Haushalt, die in den Fraktionsberatungen eine große Rolle spielen, und eine große Zahl von Aktivitäten, für die der Haushalt die finanziellen Voraussetzungen schafft. Da ich hier über alles sprechen darf nur nicht über 15 Minuten, kann ich nicht einmal über alle Projekte und Aufgaben sprechen, die der SPD Fraktion besonders wichtig sind.

Wie zum Beispiel:

- Die große Bedeutung des Jugendhofs Vlotho als kommunale Bildungseinrichtung
- Den Stellenwert der Industriekultur in unserer Museumslandschaft
- Die Wichtigkeit integrativer Erziehung für behinderte junge Menschen in normalen Kindertagesstätten
- Der Ausbau und die bedarfsgerechte Ausstattung unserer Förderschulen angesichts steigender Schülerzahlen
- und viele andere wichtige Arbeitsfelder des LWL, die aber im Plenum trotz ihres u.E. enormen Stellenwertes nur selten angesprochen werden.

Ich werde nur einige wenige Punkte ansprechen können.

Dazu gehört natürlich der mit **61,3 %** größte Ausgabenblock in unserem Haushalt.

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Die gesamte Höhe der Umlagemittel ist allein ziemlich genau identisch mit der Höhe der für die Finanzierung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nötigen Mittel. Das macht die Eingliederungshilfe auf dem Hintergrund der Kostenentwicklung ganz besonders spannend für unseren Haushalt.

Der Umbau der Eingliederungshilfe von Stationär nach Ambulant – wie wir kurz sagen - schreitet weiter rasant voran. Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Versorgungsverwaltung

Einige Sätze zu unserer ganz neuen Aufgabe:

Die beiden Landschaftsverbände hatten dem Land angeboten, die Aufgaben der Versorgungsverwaltung in Gänze zu übernehmen. Das Land hat dieses Angebot nicht angenommen. Es hat vielmehr die Versorgungsverwaltung zerschlagen.

Immerhin – für einige wichtige Aufgaben aus dem großen Bündel der Aufgaben ist der LWL seit dem 1. Januar 2008 zuständig. Dieser Teil der Reform ist sicher zu begrüßen und führt beispielsweise dazu, dass die Fürsorgeleistungen und die Versorgungsleistungen für Kriegssopfer und Opfer von Gewaltverbrechen nunmehr aus einer Hand wahrgenommen werden.

Bei einer vollständigen Übernahme durch den LWL hätten vorhandene Synergieeffekte gründlicher und vor allem mit wesentlich weniger Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwirklicht werden können.

Ein weiteres Ärgernis ist unübersehbar:

Durch die vom Land NRW übernommenen Aufgaben wird der LWL in 2008 und in 2009 mit jeweils rund 1,2 Mio Euro zusätzlichen Kosten belastet. Da die „Starthilfe“ ab 2010 nicht mehr vom Land gewährt wird, ist ab 2010 von einem jährlichen Defizit in Höhe von rund 2 Mio Euro auszugehen. Was tun?

Dass die Kostendeckung nicht ausreicht, gilt in gleicher Weise für einen großen Teil unserer Mitgliedskörperschaften, die letztlich zweimal mit kommunalen Mitteln für Mehraufwand aufkommen sollen, um den sich das Land entlastet.

Im Schulterschluss mit den Kommunalen Spitzenverbänden bleibt nur die genau Analyse der Situation und möglicherweise der Gang zum Verfassungsgerichtshof.

Das ist auch geplant – und das wird von der SPD-Fraktion auch heftig unterstützt.

„Wenn nicht jetzt, wann dann?“ ist man heute in Anlehnung an einen populären Song anlässlich der Handball-WM 2007 versucht zu sagen.

Das Konnexitätsprinzip ist frisch in die Landesverfassung gekommen, und bei der ersten Gelegenheit wird der Landesgesetzgeber – aus unserer Sicht – dem nicht gerecht.

Dagegen müssen wir uns wehren!

Neues Kommunales Finanzmanagement

Zusätzliche Kosten hat uns auch die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement beschert.

Die NKF-Einführung stellt für den LWL wie für die gesamte kommunale Familie in NRW eine große Herausforderung dar, zumal sich insbesondere für das Jahr des „Umstiegs“ immer wieder komplexe Fragestellungen ergeben, die aufwendige inhaltliche und systemtechnische Klärungen erfordern.

Dem LWL ist die Komplettumstellung von der vertrauten kamerale Welt auf das NKF – wie geplant – zum 01.01.2008 gelungen.

Diese erfolgreiche Operation ist das Ergebnis einer umfangreichen und aufwendigen Projektarbeit. Über 2 Mio Euro kostete das Projekt, ungeachtet der intern entstandenen Kosten und ungeachtet des immensen Engagements unserer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das man nicht in Euro und Cent ausdrücken kann.

Es bleibt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür herzlich zu danken.

Ich bitte die Verwaltungsspitze, diesen Dank an die Kolleginnen und Kollegen weiter zu geben.

RWE WWE - Erlöse

Für die SPD-Fraktion gilt, dass bei der Veräußerung von Vermögen der Erlös nicht verfrühstückt wird, sondern ausschließlich für investive Zwecke und zum Schuldenabbau verwendet wird. Obwohl wir bereits vor Jahren beschlossen haben, uns von unserer Beteiligung bei der RWE Westfalen-Weser-Ems AG (RWE WWE) zu trennen, werden dem LWL erst ab 2009 rund 230 Mio Euro als Erlös zur Verfügung stehen. Die SPD-Fraktion hat sich bereits aktuell damit beschäftigt, da die von uns beabsichtigte Verwendung der Mittel nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann.

Entsprechend des von mir geschilderten Grundsatzes - **Investitionen zur Mehrung unseres Vermögens an anderer Stelle / Schuldenabbau zur Minderung von Kreditkosten und Stabilisierung unseres Haushalts** - war die dazu in unserer Haushaltsklausur geführte Diskussion sehr intensiv.

- Im Ergebnis sollen deutlich über 50 Mio Euro zum **Abbau von Schulden** und somit zur langfristigen Haushaltsentlastung eingesetzt werden.
- Ohne die einzelnen Zahlen noch einmal nennen zu wollen, verweise ich darauf, dass die von uns unterstützten Investitionen in der **Kultur** insbesondere auf den Um- und Neubau des LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster und auf das LWL-Landesmuseum für Klosterkultur in Dalheim entfallen.
- In den **LWL-Förderschulen** werden wir Investitionen zu Gunsten des Ganztagsbetriebs und die Finanzierung eines Neubaus statt der ursprünglich geplanten Sanierung der LWL-Förderschule in Oelde unterstützen.
- Im sozialen Bereich ist auf unsere Initiative hin mit 2 Mio Euro die Förderung von **Integrationsfirmen** vorgesehen, um mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen.

Der SPD-Arbeitskreis Soziales hat sich mehrere bereits bestehende Integrationsfirmen angesehen und war sehr beeindruckt über die Zufriedenheit der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen über ihre Arbeitsplätze an der Seite von Menschen ohne Behinderungen. Dabei ist jeder Arbeitsplatz in einer Integrationsfirma wesentlich günstiger als die Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen, die der LWL schließlich ebenfalls finanzieren muss.

Nächster Punkt:

- Die SPD-Fraktion will die Bemühungen intensivieren, **Betreutes Wohnen** weiter auszubauen.

Die Versorgungsquote „Ambulant vor Stationär“ ist bereits auf 36 % ambulanter zu 64% stationärer Versorgung entwickelt worden. Ich habe es anfangs schon angedeutet.

Der Wunsch betroffener behinderter Menschen, von dieser Hilfeform zu profitieren, ist weit höher. Vielfach erfahren wir, dass vor Ort geeigneter Wohnraum fehlt. Daher hat die SPD-Fraktion vorgeschlagen, bis zu 10 Mio Euro für den Bau von Wohnungen mit erschwinglichen Mieten für Menschen mit Handicaps bereit zu stellen. Auch diese Investition entspricht nicht nur den Wünschen und Bedürfnissen der Hilfebedürftigen. Ambulante Hilfeformen sind wesentlich kostengünstiger für den LWL – rechnen sich, wie man heutzutage sagt.

Um das aber noch einmal deutlich heraus zu stellen: Es ist das sozialpolitische Ziel von mehr Integration und Partizipation – also mehr Lebensqualität – das uns dazu antreibt, Beschäftigung in Integrationsfirmen und Betreutes Wohnen stärker als bisher zu ermöglichen. Es schont (auch) die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, das ist gut so. Aber eine einzig und allein billigere Lösung wäre niemals eine hinreichende Motivation dafür, wenn sie ansonsten nur mit Nachteilen und Qualitätsverlusten für die betroffenen Menschen mit Behinderungen verbunden wäre.

Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. Das wollen wir verwirklichen. Und das werden wir mit den beiden genannten Initiativen stärker noch als bisher erreichen.

Letzt genannter Punkt zum Stichwort RWE-Erlöse:

- Die verbleibenden Mittel fließen in die **Kulturstiftung** Westfalen-Lippe. Diese wird hierdurch ihrerseits gestärkt und kann zukünftig mehr Mittel zu Gunsten förderungswürdiger Projekte in Westfalen-Lippe ausschütten.

Mit dieser Aufteilung erreichen wir eine nachhaltige Absicherung von LWL-Aufgaben einschließlich der Berücksichtigung unserer sozialpolitischen Ziele und eine nachhaltige Haushaltsentlastung durch Schuldentilgung – beides ist der SPD-Fraktion wichtig.

Westdeutsche Landesbank

Die Eigentümer haben sich Anfang Februar 2008 auf Eckpunkte zur Zukunftssicherung der WestLB einigen müssen. Der Landschaftsausschuss hat diesen Eckpunkten sowie einer

Beteiligung des LWL an einem 2 Mrd Euro umfassenden Sanierungsbeitrag entsprechend seines Anteils an der WestLB von 6 % zugestimmt. Dies bedeutet, dass auf den LWL bis zu 120 Mio Euro an Belastungen zukommen können.

Die kommunale Familie ist über die Landschaftsverbände und in noch höherem Maße über ihre eigenen Sparkassen betroffen. Daher hat der Landschaftsausschuss beschlossen, den LWL-Anteil nicht durch eine unmittelbare Erhöhung der Landschaftsumlage zu finanzieren. Die benötigten Mittel sollen durch eine entsprechende Darlehensaufnahme bei der WLV bereitgestellt werden. Dies mindert die Ausschüttung der WLV an den LWL entsprechend der Zinsbelastung, ist aber durch die zeitliche Streckung angesichts unseres Haushaltsvolumens kaum spürbar und damit besser zu verkraften als der Weg unseres Schwesternverbands LVR, der gleich den „Schluck aus der Umlagepulle“ nimmt und voraussichtlich die Umlage statt um 0,8 – wie von der rheinischen Verwaltung vorgeschlagen - nur um 0,5 bis 0,6%-Punkte senken wird, wie ich es von der dortigen SPD-Fraktion gehört habe.

Natürlich sind die finanziellen Belastungen beim LWL trotzdem schmerzhaft und ärgerlich. Alle Fraktionen waren aber der Auffassung, dass zu der Beteiligung des LWL an der Kapitalmaßnahme keine Alternative bestand. Für den LWL und damit alle Kommunen in Westfalen-Lippe ist uns besonders wichtig, nicht aus der noch bis 2015 nachlaufenden Gewährträgerhaftung – dem sog. Grandfathering - für die Altverbindlichkeiten der WestLB in Anspruch genommen zu werden, die sich zur Zeit noch auf einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag belaufen. Dem entsprechend sind beim LWL alle Beschlüsse einstimmig gefasst worden.

Unser Vertreter im Kreis der Eigentümer, LWL-Direktor Dr. Kirsch, konnte erreichen, dass bei denkbaren weiteren 3 Mrd Euro Drohverlusten das Land NRW die Risiken ohne Beteiligung der Landschaftsverbände trägt.

Wir wissen, dass die Verhandlungen sehr schwierig und Nerven aufreibend waren, ohne dass ich weitere Einzelheiten auffächern muss, über die er die Fraktionen zeitnah und umfassend informiert hat.

Ich möchte die Rolle des LWL-Direktors daher nicht nur erwähnen, sondern mich für das deutlich über die reine Pflichterfüllung hinausgehende Engagement ausdrücklich bedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Diskussion über die Schwierigkeiten der WestLB und über unsere Schwierigkeiten mit unseren Anteilen an der WestLB war in den Gremien des LWL überaus sachlich. Das gilt für alle Fraktionen. In besonderer Weise bin ich dankbar dafür, dass es uns gelungen ist, mit den Stimmen aller Fraktionen eine einstimmige Positionsbeschreibung und – wie bereits gesagt – die Sachentscheidungen einstimmig zu verabschieden. Anders als die Fraktionen im Landtag haben wir auf jeden Anstrich von Polemik und parteipolitische Spielchen verzichtet.

Die Auswirkungen der Subprime-Krise auf die Bankenlandschaft ist gewaltig und hat nichts – gar nichts – mit Versäumnissen der rot-grünen Landesregierung in weit zurück liegenden Jahren zu tun.

Warum sage ich das?

- Von der Landesbank Baden-Württemberg LBBW – gelegentlich wie der Musterknabe in der Landesbankenlandschaft angesehen – sind bislang 1,1 Mrd Euro Abschreibungen bekannt
- Bei der SachsenLB sind 17 Mrd Euro in Subprimes angelegt. In den Medien spricht man von 2,75 Mrd Euro Risikoabdeckung durch das Land Sachsen und weiteren 6,8 Mrd Euro durch die LBBW
- Die BayernLB hat zum 31.12.2007 einen Abschreibungsbedarf von 1,9 Mrd Euro angegeben und inzwischen eingeräumt, dass weiterer Korrekturbedarf besteht; 4 Mrd Euro sind von der Bank selbst als „Schrottpapiere“ eingestuft worden

In gleicher Weise sind namhafte nationale und internationale Privatbanken betroffen:

- Die Deutsche Bank hat 2007 eine Wertberichtigung i.H.v. 2,2 Mrd Euro vorgenommen
- Die Schweizer Bank UBS hat bislang 18,4 Mrd Schweizer Franken abgeschrieben
- Die CitiGroup hat allein im letzten Quartal 2007 17,4 Mrd US-Dollar abgeschrieben

- um nur jeweils drei Banken zu nennen – 3 öffentlich-rechtliche, 3 private.. Die Medien waren voll davon.

Eine politische Diskussion im Landtag NRW, die diese Zusammenhänge nicht beleuchtet und stattdessen parteipolitisch motivierte Schuldzuweisungen sucht, ist m.E. lediglich geeignet, das Vertrauen der Sparer zu verspielen, die ihr Geld den Banken und Sparkassen anvertrauen.

So geschehen in Düsseldorf.

Zusammenlegung von Wahlterminen

Überlegungen der Landesregierung, die Kommunal- und Europawahlen auf einen Termin Anfang Juni 2009 zusammen zu legen, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass in Düsseldorf die Vernunft gegenüber parteipolitischem Kalkül gelegentlich zurückstehen muss. Da die amtierenden Räte, Kreistage und Bezirksvertretungen sowie die direkt gewählten Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte bis zum Herbst 2009 im Amt sind, stelle man sich die letzten vier Monate der Wahlperiode vor!

Insbesondere im Falle feststehender wechselnder Mehrheiten sind Tür und Tor geöffnet, noch auf die Schnelle Beschlüsse zu fassen, Personal einzustellen, Pflöcke zu setzen usw.

– Die zukünftige Mehrheitsfraktion ist machtlos – der Verwaltungschef im Wartestand schaut hilflos zu.

„Tricksen beim Termin,“ titelt die **Westdeutsche Zeitung** am 29.02. ; „Wahlzirkus NRW,“ lautet die Überschrift bei der **Westfalenpost**, die dann ausführt, es wäre „ein Stück aus Absurdistan, wenn bereits im Juni die neuen Räte und Rathaus-Chefs feststehen, die reguläre Amtszeit der jetzigen Mandatsträger aber erst im Herbst abläuft“.

So kommentiert auch die **Rheinische Post**, sicherlich keine der Opposition im Landtag nahe stehende Zeitung:

„Kniefall vor den Liberalen. Wer hat Angst vor dem Wähler? Die Frage muss erlaubt sein, wenn man das Gerangel um den Termin der NRW-Kommunalwahl anschaut. Der logische Termin ist der Herbst: Dann läuft die Amtszeit aus, dann steht auch die Bundestagswahl

an. Was läge näher als ein Super-Sonntag, bei dem über die Berliner Politik wie auch die lokalen Themen entschieden wird? ... (Und weiter heißt es:)

Nahe liegt der FDP vor allem das eigene Interesse. Deshalb setzen sie auf die Lösung im Frühsommer. Die Europawahl lockt nur wenige, die liberalen Stammwähler würden viel stärker ins Gewicht fallen. Nun sieht es so aus, als würde sich die CDU zum Büttel des kleinen Partners machen. Die Lösung wäre für die Kommunen teuer und bizarr,"

sagt der Kommentator der Rheinischen Post.

Andere Zeitungen sprechen von „Unsinn“, „Respektlosigkeit vor dem Wähler“, „Zurechtbiegen eines Termins mit (– im wahrsten Sinne des Wortes –) aller Macht“.

Mit anderen Worten:

Man bemüht sich, **Machtmissbrauch** der schwarz-gelben Landesregierung einigermaßen vornehm zu umschreiben.

Noch ein Wort zur Landespolitik, soweit sie uns betrifft.

Verwaltungsstruktur in NRW

Ob die Dreiteilung des Landes vom Tisch ist oder nicht, ob die Regierungspräsidien und die beiden Landschaftsverbände auch nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition im Landtag erhalten bleiben sollen oder nicht – ich werde heute nicht spekulieren, was der FDP-Fraktionsvorsitzende im NRW-Landtag gemeint hat, als er der **Neuen Westfälischen** für die Titelseite am 29.02. „Reform geplatzt“ und „Von einer Auflösung der Landschaftsverbände und der Zusammenlegung ihrer Aufgaben mit denen der Bezirksregierung sei im Koalitionsvertrag ohnehin nicht die Rede“ und „Die geplante Auflösung der dezentralen NRW-Verwaltungsstruktur ist vom Tisch“ in die Feder diktiert hat.

Wir werden sehen, ob das praktische Regierungshandeln dem entsprechen wird.

Ich habe bei meiner letzten Urlaubsreise jedenfalls bemerkenswerte Erfahrungen gemacht, die Herrn Papke ins Konzept passen könnten.

Die Reiseführerin hat bei meiner Rundfahrt auf der schönen Mittelmeerinsel Malta – bei nur gut 2% der Bevölkerung von NRW ist Malta flächenmäßig ungefähr so groß wie durchschnittlich eine einzige unserer 27 Mitgliedskörperschaften - alle paar hundert Meter stolz auf eine weitere „neue Region“ mit eigenen „landschaftlichen und lokalpolitischen Eigenheiten“ hingewiesen. Das war hoch interessant zu hören.

Ganze 400 Tausend Einwohner — mit offiziell als Amtssprache anerkannter eigener Sprache im EU-Parlament, mit allen staatlichen und kommunalen Einrichtungen gesegnet, eigener Zentralbank usw.

Dabei klingelte es mir laut in den Ohren:

Die Verwaltungsstruktur des Landes NRW mit seinen 17 Mio. Einwohnern sei mit zwei Landschaftsverbänden für jeweils rund 8 Mio Einwohner und seinen 5 Regierungspräsidien als Mittelinstanz „übermöbliert“ hieß es und heißt es vielleicht bei einigen weniger weit Gereisten immer noch.

Auf Malta habe ich jedenfalls gelernt, dass der für die Pflege von Auslandskontakten zuständige Sachbearbeiter - sagen wir - im Kreis Recklinghausen im diplomatischen Dienst ist, jeder Beigeordnete ist andernorts Minister und der Landrat des Kreises Recklinghausen das Staatsoberhaupt.

Und wir wissen es alle:

Es gibt etliche Staaten in Europa, mit denen sich Westfalen in Punkto Größe, Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl messen kann.

Da eine Abschaffung der beiden Landschaftsverbände die kommunale Selbstverwaltung der historischen Regionen Westfalen bzw. Rheinland beenden würde, ist die Absicht bei uns allen auf stärksten Widerstand gestoßen.

In dieser Hinsicht waren sich alle in dieser Landschaftsversammlung vertretenen Fraktionen einig, was beweist, dass wir es über die Parteigrenzen hinweg ernst meinen mit der Vertretung der Interessen der Menschen in Westfalen-Lippe.

Mit einem weiteren versöhnlichen Wort möchte ich schließen.

Das neue LWL-Logo

Eine Besucherin bei einem Konzert der neuen Westfälischen Philharmonie Westfalen im Musiktheater im Revier (Gelsenkirchen) hat mich vor wenigen Wochen freudig angesprochen, wie gut sie es findet, dass der LWL jetzt auch die „Neue Westfälische“ fördert. Meinem verdutzten Gesichtsausdruck meinte sie begegnen zu müssen, indem sie auf das LWL-Logo des ausliegenden Flyers verwies.

Nun:

Der LWL fördert die „Neue Westfälische Philharmonie“ in gleicher Weise wie die anderen Landesorchester, die „Südwestfälische“ und die „Nordwestdeutsche“ schon immer. Das ist ihr vorher nur nie aufgefallen.

Wir erinnern uns: Genau deshalb haben wir uns ja auch für das neue Logo entschieden.

Herr Landesdirektor – das Beispiel zeigt einmal mehr:

Wir werden als LWL im wahrsten Sinne des Wortes stärker wahrgenommen. Der von ihnen stammende Vorschlag zur Änderung des Logos war jedenfalls gut.

Zustimmung zum Haushaltsplan 2008

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe steht zu dem Haushalt 2008 mit der Umlagesenkung von einem vollen Prozentpunkt. Wir stimmen dem vorliegenden Beschlussvorschlag des Landschaftsausschusses zu.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und schliesse mit einem herzlichen

GLÜCKAUF.

Pressemateria
06.03.2008

- Es gilt nur das gesprochene Wort -

LWL-Haushalt 2008

Wortbeitrag der FDP-Fraktion in der Landschaftsversammlung am 6. März 2008, Landeshaus Westfalen-Lippe in Münster

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Seifert,
sehr geehrter Herr Direktor Dr. Kirsch,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen in der Landschaftsversammlung,

die FDP-Fraktion kann dem Entwurf des Haushalts 2008 und der Finanzplanung in der von SPD/CDU geänderten Fassung nicht zustimmen. Einige darin enthaltene Weichenstellungen führen den LWL aufs falsche Gleis. Gleichzeitig vermissen wir andere für die Zukunft unseres Landes- teils Westfalen-Lippe wichtige Entscheidungen.

Im Einzelnen: Die von SPD/CDU vorgesehene Senkung des Umlagehebesatzes über das vom LWL-Direktor vorgesehene Maß ist nicht nachhaltig gegenfinanziert. Sie verzichten auf die vom LWL-Direktor vorgeschlagene Rückführung von Schulden (13,5 Mio. Euro), die unseren Haushalt belasten. „Alle Jahre wieder“ werden von Ihnen die Ausgaben für soziale Hilfen schön gerechnet, so dass vermeintlich Spielraum für eine Umlagesenkung entsteht.

Und wenn Sie ganz ehrlich wären, würden Sie unseren Mitgliedskommunen dazu sagen, dass trotz der von Ihnen großspurig angekündigten Senkung die gesamte kommunale Familie in Westfalen rund 64 Mio. Euro mehr an den LWL zahlen muss als im Vorjahr. Trotz geringerem Hebesatz eine Erhöhung der tatsächlichen Zahlungen um fast 5 Prozent.

...

Tel.: 0251 591-235
Fax: 0251 591-4770
E-Mail: presse@lwl.org
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster

Was sollten wir als Landschaftsversammlung daraus lernen? Die Wirklichkeit mit steigenden Sozialausgaben und schwerer Schuldenlast können auch die beiden größten Fraktionen nicht wegrechnen. Eine dauerhafte Entlastung unserer Mitgliedskreise und Mitgliedsstädte ist auf Ihrem Weg nicht seriös zu erreichen.

Das sehen nicht nur wir von der FDP-Fraktion so. Auch Dr. Kirsch hat Sie am 15. November 2007 bei Einbringung dieses, seines zweiten Haushaltsentwurfs als Verwaltungschef eindringlich gewarnt: „Diese Entwicklung (gemeint war der Anstieg der Ausgaben in der Eingliederungshilfe) ... die kann man nicht durch Beschlüsse der Landschaftsversammlung ändern. Im Frühjahr dieses Jahres (2007) haben Sie den Haushalt 2007 beschlossen und die Ansätze auch für die Eingliederungshilfe einfach geändert... (Dies führt dazu), dass in diesem Jahr (2007) durch diese Entscheidung von Ihnen ein Defizit von mindestens 30 Mio. Euro erzielt wird, dass in der Folge unseren Haushalt 2008 schon mit 60 Mio. Euro belastet, ohne dass sich irgendetwas anderes ändert. Und deshalb haben Sie sicherlich Verständnis, wenn ich Ihnen sage, ... dass wir die Finanzprobleme aber auf diesem Wege nicht lösen können.“

Herr Dr. Kirsch, Sie haben Ihre Täfelchen mit der dramatischen Entwicklung bei der Eingliederungshilfe bei der letzten Tagung der Landschaftsversammlung nicht umsonst hoch gehalten. Wir haben Sie verstanden!

Wer eine kommunalfreundliche, dauerhaft niedrige LWL-Umlage will, muss sich von den alten Reflexen lösen und auf anderen, neuen Wegen nachhaltig Spielräume für eine Entlastung unserer Mitgliedskommunen schaffen:

1. Die Binnenmodernisierung der LWL-Verwaltung konsequent fortführen. Schlankere Strukturen, zeitgemäße Technikunterstützung, weniger Häuptlinge, zufriedenerere, leistungsfähigere Indianer. Der LWL-Direktor hat dabei unsere volle Unterstützung!
2. Ballast abwerfen. Aktivitäten, die keinen Zusammenhang zu den sozialen und kulturellen Kernaufgaben unseres Verbandes haben, an andere abgeben. Es ist gut, dass der LWL-Direktor den Ausstieg betreibt aus den verschiedenen Verkehrsbeteiligungen. Wir sparen als LWL allein dadurch jährlich über eine Million Euro Verlustausgleich.
3. Einmalige Einnahmen nachhaltig und positiv umlagewirksam investieren. In 2009 fließen unserem Verband die Erlöse aus dem planmäßigen Verkauf der RWWE-Aktien zu. 230 Mio. Euro insgesamt.

Neben den vorgesehenen Investitionen in Museen und Schulen von 75 Mio. Euro sollte mit dem gesamten Rest von 155 Mio. Euro der LWL-Schuldenberg abgetragen werden. Immerhin insgesamt 318 Mio. Euro. Zinsen und Tilgung, die über die Umlage unsere Mitgliedskommunen belasten, werden dadurch eingespart. Bitte bedenken Sie: Täglich muss der LWL für seine Kredite fast 72 Tausend Euro aufwenden. Wir können uns und die gesamte kommunale Familie in Westfalen durch einen konsequenten Schuldenabbau von diesen Lasten befreien.

4. Maß halten. Geltende Sparvorgaben wie die Deckelung der Personalkosten dürfen nicht aufgebrochen werden, auch nicht in Zeiten wirtschaftlicher Erholung. Der LWL darf sich nicht besser stellen als seine Mitgliedskommunen.

5. Transparenz sichern. Die gewählten Mitglieder der Landschaftsversammlung müssen in der Lage bleiben, im Sinne von mehr Effizienz und Kostenbewusstsein politisch zu steuern. Die bekannt gewordenen über 300 außerplanmäßigen Beschäftigungsverhältnisse gehören dringend in den Stellenplan eingearbeitet.

Zusammenfassend: Die FDP-Fraktion will eine solide finanzierte, nachhaltige Strategie für eine niedrige LWL-Umlage, ein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis für alle Mitgliedskreise und Mitgliedstädte. Was hier von den Fraktionsführungen der SPD/CDU zu Lasten der Sozialausgaben und des Schuldenabbaus gegen die eindringliche Warnung des LWL-Direktors durchgeboxt werden soll, lehnen wir als „Effekthascherei“ ab. Nach kurzer Freude werden Sie bald merken, wo Sie durch ihre Politik neue Löcher reißen. Für einen kommunalfreundlicheren LWL-Haushalt braucht es jedenfalls mehr politischen Mut und Kreativität, als Sie aufbringen wollen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte noch auf drei aktuelle Themen eingehen, die uns alle gemeinsam in diesen Wochen beschäftigt haben: Keine Sorge, ich meine nicht den Saurier Toni und auch nicht die kommunistischen Saurier von der Linkspartei.

Wir wollen unsere Freude zum Ausdruck bringen, dass es nun in Dalheim mit dem Ausbau des Klostermuseums auf einer gesicherten finanziellen Grundlage für den Betrieb weitergehen kann. Gemeinsam mit Corvey entsteht ein neuer kultureller Leuchtturm im Hochstift und weit darüber hinaus. Mit allen positiven Effekten für die regionale Tourismuswirtschaft.

Wir Liberale freuen uns besonders darüber, dass es erstmals gelungen ist, bei der Finanzierung eines kulturellen Angebots des LWL den Standortkreis und die Privatwirtschaft in diesem Umfang einzubinden.

Aber machen wir uns alle nichts vor: Zur Wahrheit gehört auch, dass das private Drittel am Stiftungskapital überwiegend von Unternehmen kommt, die von öffentlichen Eigentümern bestimmt werden.

Dankenswerterweise hat zuletzt die NRW.Bank die noch bestehende Lücke gestopft, auf die wir seit Langem und zu Recht hingewiesen hatten. Es war aber eben eine staatliche Förderbank, die uns hier aus der Patsche geholfen hat.

Wir sollten uns da alle bitte nichts vormachen und einfach daraus lernen für künftige Projekte. Es sollte nach unserer Meinung noch viel mehr von solchen Finanzierungspartnerschaften in der LWL-Kulturpflege geben, weil so einiges mehr möglich wird, als wenn die Finanzierung allein auf LWL-Mittel beschränkt bleibt. Ich bin sicher, dass der LWL-Direktor und unsere neue Kulturdezernentin für künftige Projekte sehr genau analysieren werden, wie private Zustifter noch besser angesprochen werden müssten. Wir sollten als Politik mit der Verwaltung darüber im Gespräch bleiben. Ideologische Aussagen wie die des grünen Fraktionsvorsitzenden Entfellner im Landschaftsausschuss, „wir wollen keine Puddingreklame auf der Klostermauer“, sind dabei wenig sachdienlich und schrecken Zustifter ab.

Bei der Bank der neuen Antworten wurden wir als öffentliche Miteigentümer wieder mit den alten Fragen konfrontiert. Jetzt droht ein beträchtlicher Zugriff auf kommunales Vermögen. Ich erkenne an, dass alle, die bei der letzten Tagung der Landschaftsversammlung hier noch über uns gelacht haben, als wir die Risiken des Bankengeschäfts für den LWL als Miteigentümer thematisiert haben, dass all diese Kollegen hier heute mit sehr ernster Miene sitzen. Auch der grüne Kollege Boldt, der hier vor einem Jahr in der Frühjahrsversammlung noch fragte, warum wir bei der WestLB denn überhaupt zeitlichen Druck hätten?

Ich danke allen anderen Fraktionen, dass wir parteiübergreifend einig werden konnten, die LWL-Beteiligung an der Rettungsaktion auf max. rund 120 Millionen Euro zu begrenzen.

Wir tun uns als LWL keinen Gefallen, wenn wir nicht über die Folgen dieser Geldspritze für unsere Finanzen sprechen. Entgegen aller Beschwichtigungsversuche belastet die WestLB natürlich unseren Haushalt und ist langfristig negativ umlagewirksam. Denn das Geld, was die WLV an uns weniger ausschütten wird, fehlt beim Haushaltsausgleich.

Das Ende der Fahnenstange ist daher längst erreicht, auch für die kommunalen Sparkassen. Wir können alle nur hoffen, dass Münsters Oberbürgermeister Dr. Tillmann nicht Recht behält mit seiner Prognose zur Zukunft der WestLB. Als der Karnevalsprinz Andreas III. das ehrwürdige Rathaus am Prinzipalmarkt in Besitz nehmen wollte, rief ihm der Oberbürgermeister zur Abschreckung zu: „Ich habe mit diesem Besen schon das Stadtsäckel leer gefegt. Das ganze Geld habe ich bei der WestLB versenkt. Da findet es niemand mehr.“

Wieder in allem Ernst geht unser FDP-Appell an die Verantwortlichen an der Spitze der Sparkassenverbände als Mehrheitseigentümer und an die Mitglieder des Vorstands der WestLB, für diese Bank endlich ein auskömmliches Geschäftsmodell zu organisieren.

Abschließend dürfen wir als Landschaftsversammlung mit Freude feststellen, dass die Landesregierung von Ihrem Vorhaben abrückt, die kommunalen Landschaftsverbände mit den staatlichen Bezirksregierungen zu drei neuen Regionalbehörden zu verschmelzen.

Wir danken dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Gerhard Papke, der hierzu erfrischend klare Worte in der westfälischen Öffentlichkeit gefunden hat. Nachlesbar in den Westfälischen Nachrichten, Münster, oder der Neuen Westfälischen, Bielefeld: „Papke versicherte, die schwarz-gelbe Koalition wolle nicht die „bewährte dezentrale Verwaltungsstruktur“ zerschlagen. Eine Diskussion über eine Auflösung der jetzigen Regierungsbezirke ist in seinen Augen sogar gefährlich, weil sie den Eindruck erwecken würde, die Koalition wolle „Düsseldorfer Zentralismus vorantreiben“. Von einer Auflösung der Landschaftsverbände und der Zusammenlegung ihrer Aufgaben mit denen der Bezirksregierung sei im Koalitionsvertrag ohnehin nicht die Rede.“ Und: „Es ist nicht die Absicht der FDP, leistungsfähige Verwaltungsstrukturen in den Regionen gegen deren Willen abzuschaffen.“

Dr. Papke als einer der Pfeiler der Regierungskoalition in Düsseldorf hat damit unter Beweis gestellt, dass er ein Freund Westfalens und unserer regionalen Selbstbestimmung ist.

Immer deutlicher wird indes, woher der Ruf nach Abschaffung der Landschaftsverbände kam. Denn im FDP-Wahlprogramm zur Landtagswahl war dieses Ziel überhaupt nicht enthalten. Im Kern kristallisiert sich immer mehr die Ruhrgebiets-CDU um ihren Bezirksvorsitzenden Lammert als treibende Kraft heraus. Herr Trottenburg, hier sind Sie vor Ort mit ihrem Einfluss persönlich gefragt!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

unser Dank gilt den Herren Dr. Baur und Dr. Lunemann und allen LWL-Mitarbeitern, die diesen Haushaltsplan und die NKF-Umstellung bewältigt haben. Wir schätzen Ihr persönliches Engagement sehr.

Ihnen, allen Mitgliedern der Landschaftsversammlung und unseren Gästen, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

Stephen Paul

FDP-Fraktionsvorsitzender

Pressemateria
06.03.2008

- Es gilt nur das gesprochene Wort -

Heinz Entfellner, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im LWL Haushaltsrede 2008

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Landesdirektor,
sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt ist erstmalig in einem neuen Gewand vorgelegt worden. Für Verwaltung und Politik war die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement eine echte Herausforderung, insbesondere auch, weil der Abschied vom kameralen Denken manch einem nicht leicht fällt. Dass uns der Einstieg ins „NKF-Denken“ gelingen konnte, ist auch den Informationsveranstaltungen der Verwaltung anzurechnen. Wir danken den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – insbesondere denen der Kämmerei – für ihren tatkräftigen Einsatz und die Unterstützung.

Der neue NKF-Haushalt soll in Zukunft mehr Transparenz in die Ressourcenverteilung und den Ressourcenverbrauch bringen und der Politik die Steuerung der Prozesse besser ermöglichen. Diese Steuerung wird in Zukunft über Produkte, deren Ziele und überprüfbare Kennzahlen erfolgen. Da mit der Aufstellung dieses Haushalts ein erster Aufschlag versucht wurde bezüglich der Produkte und Kennzahlen, sind wir nun zusammen gefordert, gegebenenfalls andere Schwerpunkte zu setzen oder weitere Ausdifferenzierungen vorzunehmen.

...

Tel.: 0251 591-235
Fax: 0251 591-4770
E-Mail: presse@lwl.org
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster

Vor uns liegt also eine ausführliche Diskussion mit den Fachabteilungen über die sinnvolle Ausgestaltung der Produkte, deren Zielsetzungen und die ihnen zugeordneten Kennzahlen. Zu einer solchen Diskussion hat die Verwaltung in den erwähnten Veranstaltungen auch ausdrücklich aufgefordert. Meine Fraktion hat dazu schon im vergangenen Jahr wie auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge in einzelnen Bereichen vorgelegt.

Über Ihre Reaktionen in den Fachausschüssen, meine Damen und Herren von CDU und SPD, sind wir allerdings mehr als irritiert. Man kann ja durchaus unterschiedlicher Meinung über die Definition von Zielen oder die Aussagefähigkeit bestimmter Kennzahlen sein. Aber dass genau diese Auseinandersetzung mit den Strukturen und Definitionen des NKF-Haushaltes eine eminent wichtige Aufgabe – auch und gerade der Politik – ist, daran gibt es für mich und meine Fraktion keinen Zweifel. Wenn Sie es ablehnen, darüber zu diskutieren und den uns vorgelegten Haushaltsentwurf gemeinsam weiterzuentwickeln, dann verfestigt sich bei uns nur der Eindruck, dass Sie an mehr Transparenz und politischer Gestaltung überhaupt nicht interessiert sind. Ich knüpfe hieran deshalb heute die Bitte und die Aufforderung an Sie und an die Verwaltung, eine solche Auseinandersetzung mit den Zieldefinitionen und Kennzahlen des Haushaltes in den Fachausschüssen nachzuholen und zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren,

Herr Dr. Baur, Sie haben bei der Einbringung des LWL-Haushaltes für 2008 weit in die Geschichte zurückgegriffen (ich zitiere): „Vor über 500 Jahren (1494, kurz nach der Entdeckung Amerikas)...“ – so fing Ihre Rede an. - Ich könnte noch weiter zurückgehen, auf das Jahr 1356, in dem der deutsche Kaiser mit einer „Goldenen Bulle“ das Münzrecht der Kurfürsten in Deutschland anerkannte - eine Lizenz zur eigenen Herstellung von Geld.

Solch eine Lizenz könnte der LWL angesichts des Debakels um die West LB gut gebrauchen. Es sind ja immerhin stolze 120 Millionen Euro, verursacht auch durch eine fatale Mischung aus Gier und Unvermögen, die das den LWL und mithin auch seine Gebietskörperschaften und letztlich die Steuerbürgerinnen und Steuerbürger kostet.

Wir haben den Beschluss, dieses Geld bereitzustellen, mit Zorn mitgetragen, wissend um die Verantwortung, die wir als Miteigentümer der Bank haben, und um letztlich größeren Schaden abzuwenden. Wenn man dem Sprichwort: „Aus Schaden wird man klug“ vertrauen kann, dann ist die West-LB künftig gut aufgestellt, wenn die handelnden Verantwortungsträger der Bank nur halb so klug geworden sind, wie der Schaden groß ist.

Ihnen, Herr Landesdirektor, gilt an dieser Stelle mein Dank für die jederzeit umfassende und offene Information über das Geschehen.

Eine Lizenz zur eigenen Herstellung von Geld hat der LWL nicht. Unsere Finanzmittel sind begrenzt, und es sind die Gelder der Mitgliedskörperschaften und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Grund genug also, mit diesen Mitteln sparsam und effizient zugleich zu wirtschaften. Das tut dieser Verband. Und er tut es in den letzten Jahren mit „eiserner Hand“, wenn ich an die Haushaltsbegleitbeschlüsse und deren Konsequenzen denke. Immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen die Aufgaben des Verbandes qualifiziert erledigen, schnell, effektiv und kundinnen- und kundenfreundlich. Und das bei tendenziell steigenden Anforderungen. Konsequenz der Verwaltung daraus: Eine weitere Streichung von 30 Stellen in diesem und je weiteren 30 Stellen in den beiden Folgejahren.

Wie soll das weitergehen? Wie will der Verband mit den Konsequenzen in den einzelnen Fachabteilungen und den vielfältigen Einrichtungen vor Ort umgehen? Wie reagiert der LWL auf den damit einhergehenden Erfahrungs- und Know-How-Verlust?

Sie können doch nicht erwarten, dass der LWL seine Aufgaben auf Dauer mit immer weniger Personal bewältigen kann. Und Sie, meine Damen und Herren der „Großen Koalition“ machen sich zum Beispiel bei der Stellenstreichung in den Bereichen Pressestelle und Gleichstellungsstelle noch nicht einmal die Mühe, selbst zu definieren, welche Aufgaben denn künftig nicht mehr erledigt werden sollen, oder zumindest nicht mehr so umfangreich und qualifiziert. Gerade die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist doch das Instrument, um den „unbekannten Riesen“ LWL wirksam und öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Am 20. November 1999 ist das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG – NRW) in Kraft getreten. Leistungsbezogene Quotierungsregelung, Pflicht zur Aufstellung von Frauenförderplänen, flankierende Regelungen zu Personalauswahlverfahren, familienfreundliche Arbeitszeiten, damit Frauen und Männer Beruf und Familie besser vereinbaren können. - Bereits diese beispielhafte Aufzählung zeigt die Bandbreite des mit dem LGG angesprochenen Instrumentariums - und damit eines Teils der Aufgabenstellung einer Gleichstellungsstelle. Konsequenz der Verwaltung: Streichung einer weiteren halben Stelle der ohnehin unterbesetzten Dienststelle für Gleichstellungsangelegenheiten. Und es ist letztlich doch politische Feigheit, die sich bezogen auf die Gleichstellungsstelle in der Haltung dokumentiert, die der personalpolitische Sprecher der CDU in der Sitzung am 07.12.2007 an den Tag gelegt hat. - Zitat aus der Niederschrift dieser Sitzung: "Nach Ansicht von Herrn Baumann ist davon auszugehen, dass die Verwaltung gesetzeskonform handele.

Sofern eine nicht hinnehmbare Einschränkung in der Aufgabenerledigung eintrete, werde die Verwaltung sicherlich einen anderen Vorschlag unterbreiten". - Für eine solche Haltung muss man gar nicht mal gutgläubig sein, da reicht schon Blauäugigkeit vollkommen aus.

Der Schwerpunkt bei den diesjährigen Haushaltsberatungen meiner Fraktion lag in den Bereichen Klimaschutz und CO₂-Reduzierung. Dazu haben wir - neben den Einzelanträgen hinsichtlich eines Ausstiegs aus der RWE-Beteiligung und der Verwendung der Erlöse aus dem RWWE-Verkauf für Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung - eine Initiative unter dem Titel „Der LWL auf dem Weg zur CO₂-Neutralität“ eingebracht.

Eine utopische Zielformulierung? Vielleicht - aber wir verfolgen damit die Zielrichtung, die aus unserer Sicht jetzt dringend erforderlich ist. Und wir sind mit dem vereinbarten Verfahren einverstanden, nicht schon hier und heute über die erforderlichen und möglichen Maßnahmen zu befinden, sondern dies auf der Grundlage einer fundierten Verwaltungsvorlage in einer Sondersitzung des Umwelt- und Bauausschusses zu tun.

Ausweislich des letzten Energieberichts summiert sich der Energieverbrauch des LWL aus Heiz- und Stromenergie für das Jahr 2003 auf rund 263.000 MWh (das entspricht etwa 26.300.000 Liter Heizöl EL). Die aus dem Energieverbrauch resultierenden CO₂-Emissionen lagen bei rund 64 Millionen Kilogramm.

Spätestens seit den Berichten des Weltklimarates dürften Ausmaß und Ursachen der Klima- veränderungen durch CO₂ und Treibhausgase unstrittig sein. Sollten die Treibhausgasemissionen nicht umgehend radikal reduziert werden, muss in den kommenden Jahren und Jahr-zehnten mit einer dramatischen Verschärfung des Treibhauseffektes und seiner Folgen gerechnet werden. Bei einer CO₂- Emissionsmenge von etwa zwei Tonnen pro Mensch und Jahr würden Natur und Klima vielleicht noch im Gleichgewicht bleiben können. In Deutschland produzieren wir jedoch pro Kopf und Jahr durchschnittlich 10 Tonnen CO₂, in Nordrhein-Westfalen wegen der hohen Braunkohle- förderung sogar 16 Tonnen!

In einem Interview in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 04.10.2007 hat Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ausgeführt:“(…) Kein Mensch hat per se das Recht, dem Klima mehr Schaden zuzu- fügen als andere.“ Damit ist neben dem Thema Klimaschutz auch die Frage nach der globalen Ge- rechtigkeit aufgeworfen.

Damit die Menschen in den sich technisch erst entwickelnden Ländern Handlungsspielraum bekommen, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, unseren Energiebedarf schnellstmöglich CO₂- bzw. klimaneutral zu decken. Dazu gehören Maßnahmen zur Vermeidung von CO₂- Emissionen, zur effizienteren Energiegewinnung und Energienutzung, zum sparsameren Umgang mit Energie, zur optimalen Wärmedämmung von Gebäuden und zum Einsatz neuester umweltfreundlicher Technik und Steuerung für Heizung und Warmwasserbereitung bis hin zum Einsatz maximal energiesparender Geräte im Büro- und EDV-Bereich und einer nachhaltigen Mobilität. Wir sind gespannt, welche konkreten Vorschläge die Verwaltung in diesem Jahr präsentiert, und wir werden uns kritisch und konstruktiv damit auseinandersetzen.

Ich komme zum Schluss: Trotz aller positiver Aspekte im Einzelnen überwiegen für uns die Schattenseiten des Haushaltes und nach den Ergebnissen der Einzelberatungen in den Fachausschüssen können und werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen. Gleichwohl sagen wir zu einer Entscheidung ganz deutlich Ja: die Senkung der Landschaftsumlage zur Entlastung der Mitgliedskörperschaften findet unsere ausdrückliche Zustimmung, auch wenn für den letzten Zehntelpunkt die Gegenfinanzierung finanzpolitisch nicht eben solide ist. Andererseits muss hier niemand die Finanzsituation der Kreise, Städte und Gemeinden beschreiben - die kennen Sie alle nur zu gut. Ich betone unsere prinzipielle Zustimmung zur Umlagesenkung deshalb besonders, weil uns der Beschlussvorschlag zum Haushalt keine Gelegenheit zur differenzierten Abstimmung lässt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressemateria
06.03.2008

- Es gilt nur das gesprochene Wort -

Rede Jost Manderbach (Bündnis 90/GRÜNE im LWL) zur Verabschiedung der Wirtschaftspläne der LWL-Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in der Landschaftsversammlung 06.03.2008

Die Wahrung des Kindeswohls ist eine der wichtigsten Aufgaben der Jugendhilfe.

Dies wird uns durch die schrecklichen Kindesschicksale, die uns die Medien inzwischen mit erschreckender Regelmäßigkeit vor Augen führen, überdeutlich.

Die stabilen Bilanzen und die hohen Auslastungen der westfälischen Jugendheime in allen Bereichen weisen darauf hin, dass die kommunalen Jugendämter den Einrichtungen des Landschaftsverbandes bei diesen Aufgaben eine hohe Kompetenz zusprechen.

Den Mitarbeitern der Einrichtungen gebührt an dieser Stelle für ihre hervorragende Arbeit in dieser schwierigen Zeit ein herzlicher Dank.

Die gute Akzeptanz spornt die westfälischen Jugendheime an innovative Modelle für die Jugendhilfe zu entwickeln.

So eröffnet das heilpädagogische Kinderheim Hamm am 1.4. den Schürenberger Hof, der schwer integrierbaren Jugendlichen, die in ihrer Biographie massiven Gefährdungen, extremer Vernachlässigung und schwerwiegenden Verletzungen ausgesetzt waren die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe eröffnen soll.

Wir brauchen solche Einrichtungen meine Damen und Herren, keine Kinderknäste!

In Tecklenburg macht man sich zum gesellschaftlichen Vorreiter in dem man in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Sucht das Projekt „Rauchfreies Jugendheim“ als ein Modell für alle Einrichtungen in Westfalen-Lippe umsetzt.

...

In Marl befindet sich das Haus Granat im Aufbau, ein stationäres Intensivangebot für Jugendliche die aufgrund nicht vorhandener Schulabschlüsse und großer Schwierigkeiten im sozialen Miteinander keine Chance auf einen Einstieg ins Berufsleben haben.

Auch diese Jugendlichen dürfen wir nicht aufgeben, sie erhalten Arbeitstrainingsmaßnahmen und es wird versucht ihnen die Möglichkeit zu geben durch interne Beschulung das Versäumte nachzuholen.

Zwei Mädchen aus einer Wohngruppe in Hamm haben in Zusammenarbeit mit einem Fotografen Fotomaterial erstellt, um ihre Sicht auf das Leben in einer Einrichtung des Landschaftsverbandes zu dokumentieren. Auf die Ergebnisse dürfen wir gespannt sein.

Meine Damen und Herren wir haben die Verpflichtung alles in unserer Macht stehende zu tun, damit die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen sich optimal entwickeln können.

In diesen Bemühungen dürfen wir nicht nachlassen!

Pressemateria
06.03.2008I

- Es gilt nur das gesprochene Wort -

Jahresrechnung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für das Haushaltsjahr 2006

Erläuterungen des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Karl Dittmar, vor der Landschaftsversammlung am 06.03.2008

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
es ist mir auch in diesem Jahr geradezu ein Vergnügen, Ihnen von der Prüfung der Jahresrechnung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, diesmal für das Haushaltsjahr 2006, berichten zu dürfen. Denn: Der Rechnungsprüfungsausschuss hat bei der intensiven Prüfung des Berichtes unseres LWL-Rechnungsprüfungsamtes einmal mehr feststellen können, dass wir beim Landschaftsverband engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die ihre Aufgaben sehr gewissenhaft erledigen. Gewiss hat es auch Fehler gegeben, aber die sind vorwiegend im „Eifer des Gefechtes“ geschehen und nach ihrem Erkennen umgehend abgestellt worden. Erlauben Sie mir, auf einige Besonderheiten der Prüfung für das Jahr 2006 einzugehen.

Aus meinen Eingangsbemerkungen ergibt sich der wichtigste Aspekt der Prüfung: Der LWL wird grundsätzlich rechtmäßig, wirtschaftlich und zweckmäßig verwaltet.

...

Ein besonderes Augenmerk haben wir natürlich auf die ordnungsgemäße Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushalts gelegt. Die Prüfung hat ergeben, dass hier im Wesentlichen korrekt verfahren worden ist. Breiten Raum nahm in diesem Zusammenhang die Prüfung der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ein. Hervorzuheben ist hier vor allem die intensive Beratung des LWL-Rechnungsprüfungsamtes bei der Erstellung der zu erlassenden örtlichen Vorschriften zu Sicherheitsstandards und zur internen Aufsicht in der Finanzbuchhaltung des LWL, die nach § 31 der Gemeindehaushaltsverordnung erforderlich sind. Gegenstand der Prüfung war außerdem die Durchführung der Inventuren sowie die Bewertung des Anlagevermögens. Dabei ergab sich zwar ein nicht unwesentlicher Korrekturbedarf, aber wir konnten auch feststellen, dass die erstmalige Erfassung des Anlagevermögens grundsätzlich in der gebotenen Sorgfalt vorgenommen wurde. Zukünftig dürfte die Bewertung einfacher sein, da die Anschaffungskosten dann anhand von Eingangsrechnungen nachgewiesen werden können.

Die geprüften Vergaben nach den Verdingungsordnungen für Leistungen und für freiberufliche Leistungen wurden überwiegend ordnungsgemäß abgewickelt. Die Prüfung des Beschaffungswesens beim LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho hat allerdings zu dem Ergebnis geführt, dass dort die vergaberechtlichen Bestimmungen – insbesondere bei der Beauftragung freiberuflicher Leistungen – in der Regel nicht beachtet wurden. Hier sind aber mittlerweile erste Optimierungsmaßnahmen ergriffen worden, so dass wir davon ausgehen können, dass zukünftig ordnungsgemäß verfahren wird.

Dass Erfolg nicht nur glücklich macht, sondern auch Probleme mit sich bringen kann, musste unser Römermuseum in Haltern erfahren. Die Ausstellung „Die letzten Stunden von Herculaneum“ war so erfolgreich, dass die Mehr-Einnahmen nicht nur den Haushalt des LWL-Kulturdezernates entlasteten, sondern unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch vor ungewohnte Schwierigkeiten in der verwaltungstechnischen Abwicklung gestellt wurden. Dennoch wünsche ich mir, dass wir häufiger vor derartige Probleme gestellt werden, und da wir ja nun auch in dieser Hinsicht über Erfahrungen verfügen, dürfte auch das in Zukunft einfacher werden...

Die Anwendung des Vergaberechts im Kulturbereich war ebenfalls Gegenstand einer intensiven Erörterung zwischen LWL-Kulturabteilung, Zentraler Einkaufskoordination und LWL-Rechnungsprüfungsamt. Als Ergebnis sind eine noch engere Zusammenarbeit, eine verstärkte Sensibilisierung von Volontären und Volontärinnen für Fragen des Vergaberechts als auch die Verpflichtung von Kooperationspartnern zur Anwendung des Vergaberechts vereinbart worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich weiterhin der Entwicklung der Bearbeitungsrückstände in der LWL-Behindertenhilfe Westfalen gewidmet und begrüßt die trotz der Belastungen durch die Personalbemessung positive Entwicklung der Rückstandszahlen. Sie sanken von August 2006 bis September 2007 von etwas mehr als 22.000 auf knapp 18.000. Ende 2007 lagen sie bei 16.000, so dass wir hoffen zum Jahresende 2008 auf den Stand von vier Wochen zu kommen, womit wir dann von einem „normalen“ Stand ausgehen können. Und schließlich gilt es, mit dem derzeit in Arbeit befindlichen Gutachten Entscheidungen zur Personalbemessung zu treffen, so dass sich derartige Rückstände erst gar nicht mehr anhäufen können.

Positive Feststellungen ergeben sich auch aus Prüfungen in den LWL-Kliniken. So wurden etwa in der LWL-Klinik Lengerich das Kostenübernahmeverfahren recht- und zweckmäßig durchgeführt, in der LWL-Klinik Gütersloh die Bauunterhaltungsarbeiten im Wesentlichen ordnungsgemäß ausgeführt und abgerechnet und die von den Sonderkassen wahrzunehmenden Aufgaben grundsätzlich ordnungsgemäß erledigt. Optimierungshinweise gab es demgegenüber bei den medizinisch-technischen Diensten, der Organisation des ärztlichen Schreibdienstes und bei der notwendigen zeitnahen Bearbeitung von Anfragen der Kostenträger.

Bei der Prüfung der Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes zeigte sich, was wir alle schon wussten, aber in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hätten, nämlich dass rund 65% die Bestbenotung „übertrifft die Anforderungen in herausragender Weise“ und noch einmal bald 30 Prozent die zweitbeste Bewertung „übertrifft deutlich die Anforderungen“ erhalten hatten. Die wenigen Verbliebenen erfüllten die Anforderungen da nur noch „voll und ganz“. Dass Mitarbeiter Anforderungen nur „teilweise“ oder gar „unzureichend“ erfüllten, kam gar nicht vor. Dies ist für uns beruhigend und für die Betroffenen sicherlich schön, aber dann doch nicht mehr ganz nachvollziehbar. Im Polizeidienst des Landes Nordrhein-Westfalen gilt bei den Bewertungen, dass die Bestnote nur zehn, die zweitbeste Bewertung nur 20 Prozent erhalten dürfen. Ich selbst bin zwar kein Befürworter von Quoten, aber wir tun den wirklich herausragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und uns selbst auch keinen Gefallen, wenn wir solche Bewertungen vergeben. Wir sollten etwas vorsichtiger, behutsamer mit dem wichtigen Instrument der Bewertung umgehen.

Positiv hervorheben kann ich aber, dass die Überleitung der Tarifbeschäftigten aus dem Bundesangestelltentarif (BAT-LWL) in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in allen geprüften Fällen ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Besonderes Augenmerk galt auch im vergangenen Jahr der Datenverarbeitung beim LWL. Geprüft wurden vor allem das Softwareprodukt SAP R/3 Enterprise als Plattform für die neue doppelte Buchführung, Änderungen und Ergänzungen im DV-Verfahren Anlei und sog. Besondere Vorkommnisse. Durch die Prüfung konnte auf die Abstellung von Mängeln hingewirkt werden.

Schließlich will ich auch auf einen Prüfungsgegenstand hinweisen, dem sich das LWL-Rechnungsprüfungsamt erstmals intensiv gewidmet hat, nämlich dem Schulden-Portfolio-Management. Dieses wird – soweit geprüft – ordnungsgemäß abgewickelt.

Wie immer, so muss ich es wohl aus meiner bisherigen Erfahrung sagen, wurde festgestellt, dass die Allgemeine Rücklage keinen Bestand auswies, obwohl der vorgeschriebene Mindestbestand 43 Millionen Euro hätte betragen sollen. Nun bin ich persönlich zwar der Meinung, dass ein Umlagehaushalt keine Allgemeine Rücklage benötigt, aber sie ist nun einmal vorgeschrieben – wird aber wohl auch vom Gesetzgeber schon nicht mehr beanstandet, also lassen wir es bei der Feststellung...

Zusammenfassend kann ich hervorheben, dass im LWL hervorragende Arbeit geleistet wird und sich Beanstandungen, die einer vorbehaltlosen Entlastung des LWL-Direktors entgegenstehen, bei der Prüfung nicht ergeben haben. Abschließend danke ich im Namen des Ausschusses den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWL-Rechnungsprüfungsamtes und der geprüften Abteilungen für ihre engagierte Arbeit.

Herzlichen Dank.

Stichpunkte für die Haushaltsrede Herr Baumann

1. Allgemeine Punkte:

Die öffentlichen Finanzen

Auch für 2008 ist weiterhin eine positive Entwicklung der öffentlichen Finanzen zu erwarten.

Dennoch besteht auch für den LWL und viele seiner Mitgliedskörperschaften weiterhin die Notwendigkeit, die Haushalte zu konsolidieren, da die Verschuldung nach wie vor sehr hoch ist.

Die Übernahme von Aufgaben der Versorgungsverwaltung belastet den LWL-Haushalt zusätzlich.

Durch die zum 01.01.2008 vom Land NRW übernommenen Aufgaben im Rahmen der Versorgungsverwaltung (Soziales Entschädigungsrecht und Bergmannsversorgungsschein) wird der LWL in 2008 und in 2009 mit jeweils rund 1,2 Mio. EUR zusätzlich belastet. Da die „Starthilfe“ ab 2010 nicht mehr vom Land gewährt wird, ist ab 2010 von einem jährlichen Defizit in Höhe von rund 2 Mio. EUR auszugehen. Im Schulterchluss mit den Kommunalen Spitzenverbänden ist zu prüfen, ob und wie gegen diese Problematik vorgegangen werden kann.

Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement

Die NKF-Einführung stellt für den LWL wie für die gesamte kommunale Familie in NRW eine große Herausforderung dar, zumal sich insbesondere für das Jahr des „Umstiegs“ immer wieder komplexe Fragestellungen ergeben, die aufwendige inhaltliche und systemtechnische Klärungen erfordern.

Dem LWL ist es - wie geplant - gelungen, die allen gut vertraute kamerale Welt zum 01.01.2008 mit der Komplettumstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) zu verlassen.

Diese erfolgreiche Umstellung ist das Ergebnis einer umfangreichen und aufwendigen Projektarbeit. In fast 3,5 Jahren wurde das Konzept erstellt und das Buchführungssystem aufgebaut. Über 2 Mio. EUR kostete das Projekt, ungeachtet der intern entstandenen Kosten für eigene Mitarbeiter. Insgesamt wurden im Rahmen der NKF-Einführung rund 900 Beschäftigte geschult.

Die Doppik hat somit auch Einzug in die Haushaltsberatungen gehalten. Erstmals galt es, sich mit der neuen Form der Darstellung und mit den neuen Begriffen zu beschäftigen. Um die Haushaltsberatungen dennoch ergebnisorientiert und in der Sache durchführen zu können, hat die Verwaltung Informationsveranstaltungen angeboten, an denen fast 80 LWL-Parlamentarier teilgenommen haben.

Ein weiteres Resultat der NKF-Einführung ist die Eröffnungsbilanz, deren vorläufiger Entwurf uns heute ebenfalls vorgelegt wird. Obwohl noch Änderungen möglich sind, so lässt sich doch jetzt schon erkennen, dass diese Bilanz eher positiv ausfällt. Welche Begierden diese Form der Transparenz mit sich bringt, muss die Zukunft zeigen.

Klar sollte jedoch allen sein, dass Eigenkapital kein unmittelbares Geld ist und die Aufzehrung der Ausgleichsrücklage nur rechnerisch den Haushalt verbessert, aber finanziell belastet.

Die NKF-Umstellung ist aber noch nicht abgeschlossen. Insbesondere die Vorbereitung des für den 31.12.2010 vorgesehenen Gesamtabchluss bindet bereits jetzt schon wieder Ressourcen.

2. Haushalt:

Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2008 am 15.11.2007 in die Landschaftsversammlung

Der LWL hat am 15.11.2007 seinen ersten Haushalt nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement in die Landschaftsversammlung eingebracht. Der ausgeglichene aufgestellte Haushaltsplanentwurf 2008 basierte auf der 1. Modellrechnung. Trotz einer Senkung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 15,6 % auf 15,1 % stiegen aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung die Erträge bei der Landschaftsumlage um über 100 Mio. EUR auf rund 1,5 Mrd. EUR.

Dieser Mehrertrag gegenüber 2007 ist erforderlich, um zusätzliche Aufwendungen in 2008 zu decken. Neben NKF-spezifische Besonderheiten (z. B. Abschreibungen) und allgemein budgeterhöhende Sachverhalte (z. B. Tarifsteigerungen) sind vor allem aufgabenspezifische Entwicklungen für den Mehrbedarf verantwortlich. Zu nennen sind hierbei einmal mehr die Fallzahlsteigerungen im Bereich der Sozialhilfe. Positiv ist aber auch anzuerkennen, dass erste Schritte hin zu einer Dämpfung des demographisch bedingten Fallzahl- und Kostenanstiegs fruchten. Die abgeschlossenen Rahmenzielvereinbarungen „Wohnen“ und „Arbeiten“ sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

Mit diesem erhöhten Aufkommen an Landschaftsumlage sollten aber auch wichtige finanzwirtschaftliche Ziele erreicht werden. Sowohl der Abbau langfristiger Schulden als auch die komplette Abdeckung des voraussichtlichen Fehlbetrages 2007 waren geplant.

Ergebnis der politischen Beratung

Nicht zuletzt aufgrund der allgemein positiven konjunkturellen Situation verliefen die Haushaltsberatungen in den verschiedenen Ausschüssen in einer guten und konstruktiven Atmosphäre. Dennoch war allen auch die Situation der Mitgliedskörperschaften immer gegenwärtig. Dies führte dann auch dazu, dass im Finanzausschuss und im Landschaftsausschuss - aus Solidarität gegenüber den z. T. hochverschuldeten Mitgliedskörperschaften - bereits der Beschluss gefasst wurde, der Landschaftsversammlung zu empfehlen, den Hebesatz zur Landschaftsumlage um nochmalige 0,5 %-Punkte auf dann 14,6 % zu senken.

Neben der im Wesentlichen für den LWL-Haushalt ergebnisneutralen Weitergabe der Effekte aus der 2. Modellrechnung (0,2%-Punkte), ist die weitere Senkung differenziert zu betrachten:

Die positive Seite dieser Medaille ist die Reduzierung der Belastung der Mitgliedskörperschaften gegenüber dem Haushaltsplanentwurf um rd. 39,5 Mio. EUR.

Diese Medaille hat jedoch auch eine Kehrseite, die gerade aus finanzwirtschaftlicher Sicht nicht zufrieden stellend sein kann. Die Entlastung der Mitgliedskörperschaften wird u. a. damit bezahlt, dass weder die für 2008 geplante Sondertilgung noch die ebenfalls geplante komplette Abdeckung des voraussichtlichen Fehlbetrages 2007 realisiert werden können. Das bedeutet, dass die Verschuldung, wenn auch nur zeitlich befristet, steigen wird.

Dies ist zwar nicht im Sinne des Innenministers, aber vor dem Hintergrund der Finanzlage zumindest einiger Mitgliedskörperschaften vertretbar!

Es zeigt sich einmal mehr, in welcher Zwickmühle Umlageverbände – mit, wie ohne NKF - stecken: Einerseits besteht der Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung, andererseits ist Solidarität zu den umlagezahlenden Mitgliedskörperschaften gefordert.

Stellenplan und Personalkosten

Durch die vom Land übernommenen Aufgabenbereiche im Rahmen der Versorgungsverwaltung steigt die Zahl der Planstellen gegenüber dem Stellenplanentwurf 2008 um 110,55 Stellen - ausschließlich für die Beamtinnen und Beamte - auf nunmehr insgesamt 2.256,5 Planstellen. Nachrichtlich werden auch die beim Land vorgehaltenen 89,77 Stellen für die tariflich Beschäftigten dargestellt.

Leider steht dieser Stellenerhöhung keine kostendeckender Ausgleich im Rahmen der Konnexität gegenüber. Rund 900.000 EUR ungedeckte Personalaufwendungen bleiben beim LWL hängen.

Die steigenden Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen durch die einkalkulierte 2,9%-ige Tarifierhöhung verursacht. Ob diese Planung auskömmlich ist, bleibt abzuwarten.